

**Positionen der
Landesvereinigung Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz (LVU)
an die Landespolitik in der 19. Legislaturperiode
in Rheinland-Pfalz:**

**Für eine wirtschaftsfreundliche Politik –
Standort stärken, Zukunft sichern.**

Wer wir sind

Die Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) ist der Spitzenverband der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Wir vertreten die Interessen unserer Unternehmen in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Arbeit, Soziales, Bildung und Digitalisierung. Hierbei sprechen wir für rund 150.000 Unternehmen mit über einer Million sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter. Wir verleihen der Wirtschaft eine starke Stimme, indem wir die Positionen unserer Mitglieder in einen gesamtwirtschaftlichen Kontext stellen und in die politische Meinungsbildung einbringen.

Die Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI).

Auf einen Blick

Einleitung.....	2
1. Wirtschaftsfreundliches Umfeld	2
2. Verkehrsinfrastruktur	4
3. Energie-, Klima- und Ressourcenpolitik.....	5
4. Rohstoff- und Flächenpolitik.....	7
5. Digitalisierung, Datenschutz und IT-Sicherheit, Informationsfreiheit.....	8
6. Moderne, effiziente und unternehmensnahe Verwaltung.....	10
7. Bildung, Forschung und Innovation.....	11
8. Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung, Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie.....	13
9. Europäische Wettbewerbsfähigkeit, internationale Vernetzung und Sicherheit.....	15
10. Fachkräftesicherung national und international.....	17

Einleitung

Der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz steht vor richtungsweisenden Zeiten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren spürbar verschlechtert: Zu Hohe Energie- und Standortkosten, massiver Bürokratieaufwuchs, Arbeits- und Fachkräftemangel sowie eine stockende Transformation in wichtigsten Zukunftsbereichen belasten Unternehmen aller Größen und Branchen. Nur mit einer Neujustierung der politischen Rahmenbedingungen kann die notwendige Kehrtwende gelingen. Aber die Zeit drängt: Um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern, braucht es dringend mehr zielgerichtete Investitionen in die wichtigsten Standortfaktoren. Dies ist die vordringliche Aufgabe in der kommenden Wahlperiode.

Die Landesvereinigung der Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) setzt sich dafür ein, dass wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung dabei zusammen gedacht werden. Wettbewerbsfähigkeit und Transformation sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Nur wenn die Wirtschaft erfolgreich bleibt, können auch wirksamer Klimaschutz, gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Sicherheit gewährleistet werden.

Mit diesem Positionspapier legt die LVU ihre zentralen Erwartungen an die 19. Wahlperiode in Rheinland-Pfalz vor. Es beschreibt die notwendigen politischen Weichenstellungen, um den Standort Rheinland-Pfalz zu stärken, ihn für die vielen großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu rüsten und damit Wohlstand und Beschäftigung zu sichern. Die LVU steht bereit, diesen Prozess partnerschaftlich und konstruktiv zu begleiten – mit klaren Analysen, realistischen Vorschlägen und dem gemeinsamen Ziel, Rheinland-Pfalz in allen Bereichen zukunftsfest aufzustellen.

1. Wirtschaftsfreundliches Umfeld

Ein wettbewerbsfähiges, verlässliches und innovationsfreundliches Umfeld ist die Grundlage, um die hohe Lebensqualität in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Nur starke Unternehmen schaffen sichere Arbeitsplätze, finanzieren den Sozialstaat und ermöglichen die notwendigen Investitionen in den Strukturwandel. Damit Rheinland-Pfalz als starker Wirtschaftsstandort bestehen kann, müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aktiv verbessert und langfristig stabilisiert werden.

1.1 Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen

Hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie, stockende Digitalisierung und viele weitere Hemmnisse belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zunehmend. Um Produktionsverlagerungen zu vermeiden und neue Investitionen anzuregen, müssen strukturelle Hemmnisse konsequent abgebaut werden. Deshalb:

- **Schnellere Genehmigungs- und Planungsverfahren** – insbesondere bei Infrastruktur- und Industrieprojekten. Planungsbeschleunigungsgesetze müssen auf Landesebene konsequent umgesetzt werden.

- **Gezielte Investitionen in Infrastruktur und Energieversorgung** – z. B. in Verkehrswege, Stromnetze und Tank- und Ladeinfrastruktur.
- **Spürbaren Bürokratieabbau** – durch die Vereinfachung von Nachweis-, Berichtspflichten und Genehmigungsverfahren.
- **Keine neuen finanziellen Belastungen für Unternehmen:** Steuererhöhungen, insbesondere steigende Gewerbe- oder Grundsteuersätze, schwächen den Standort. Stattdessen braucht es eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs und strukturelle Entlastungen.

1.2 Verlässlichkeit und Planungssicherheit gewährleisten

Unternehmen investieren nur dort, wo politische und rechtliche Rahmenbedingungen stabil sind. Häufige regulatorische Änderungen, unklare Förderbedingungen oder politisches Zögern bremsen Innovation und Engagement. Deshalb:

- **Konsistente, langfristig angelegte Wirtschaftspolitik**, die Investitionen verlässlich planbar macht.
- **Frühzeitige Kommunikation politischer Vorhaben**, um Planungssicherheit für Unternehmen zu gewährleisten.
- **Vertrauensschutz für bestehende Investitionen**, etwa bei Förderkulissen oder Regulierungsfragen. Verlässlichkeit bedeutet auch, wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht nach tagespolitischen Stimmungen, sondern nach langfristiger Standortstrategie zu gestalten.

1.3 Vertrauenskultur zwischen Politik und Wirtschaft stärken

Das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft muss von gegenseitigem Respekt und Gestaltungswillen geprägt sein. Rheinland-Pfalz braucht eine Kultur des „**Ermöglichens**“ statt des Misstrauens. Deshalb:

- Ein **Dialog auf Augenhöhe** zwischen Regierung, Verwaltung und Unternehmen.
- Eine **stärkere und frühzeitige Einbindung der Wirtschaft** in politische Entscheidungsprozesse – insbesondere bei Gesetzesvorhaben mit wirtschaftlicher Relevanz.
- Die **Anerkennung unternehmerischer Verantwortung** als zentralen Beitrag zu gesellschaftlicher Stabilität, Beschäftigung und Klimaschutz.

1.4 Kontinuierlichen Austausch fördern

Politische Entscheidungen wirken unmittelbar auf unternehmerisches Handeln. Um tragfähige Lösungen zu entwickeln, ist die frühzeitige und kontinuierliche Einbindung wirtschaftlicher Expertise entscheidend. Deshalb:

- **Institutionalisierte Dialogformate** zwischen Landesregierung, Wirtschaft und Sozialpartnern auf allen Ebenen.
- **Verbindliche Beteiligung der Wirtschaft** an Gesetzgebungs- und Umsetzungsprozessen.
- **Berücksichtigung von Branchenrealitäten** und Wettbewerbsfähigkeit bei allen politischen Entscheidungen.

1.5 Wirtschaftliche Zusammenhänge stärker berücksichtigen

Wirtschaftlicher Erfolg ist keine Selbstverständlichkeit. Nur mit einer starken Wirtschaft lassen sich die Herausforderungen beispielsweise bei Klimaschutz, Digitalisierung und sozialer Sicherung bewältigen. Deshalb:

- **Ein wirtschaftspolitisches Bewusstsein in allen Ressorts** – jedes Ministerium muss die Folgen seiner Politik auf Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung prüfen.
- **Priorisierung von Standortpolitik** in allen Transformationsvorhaben.
- **Anerkennung der Wirtschaft als Ermöglicher gesellschaftlichen Fortschritts** – nicht als Gegenspieler politischer Ziele.

1.6 Wandel gestalten – nicht nur verwalten

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss Mut, Pragmatismus und Gestaltungswillen zeigen. Rheinland-Pfalz braucht keine Politik der Verwaltung, sondern eine Politik der Zukunft. Deshalb:

- **Mehr Mut zu wirtschaftsfreundlichen Reformen**, u.a. in Steuer-, Energie- und Verwaltungsfragen.
- **Konsequente Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation**, um Unternehmen in der Transformation zu stärken.
- **Flexible Instrumente zur aktiven Standortgestaltung**, etwa durch innovationsorientierte Förderprogramme und regionale Wirtschaftsbündnisse.

2. Verkehrsinfrastruktur

Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und regionale Teilhabe. In Rheinland-Pfalz ist der Investitionsbedarf in Straßen, Brücken, Schienen und Schifffahrtswege erheblich. Der anhaltende Sanierungsstau gefährdet den Standort und verursacht volkswirtschaftliche Kosten. Infrastrukturpolitik muss deshalb zur zentralen Landesaufgabe werden – mit klaren Prioritäten, verlässlicher Finanzierung und zügiger Umsetzung. Sie muss als Standortpolitik verstanden werden – nicht als reine Verwaltung von Engpässen. Rheinland-Pfalz braucht eine vorausschauende, sektorenübergreifende Infrastrukturstrategie. Dazu gehört unter anderem der Ausbau multimodaler Verkehrsknoten, die Stärkung der Schiene, die Modernisierung der Häfen.

2.1 Straßen, Brücken, Schienen und Schifffahrtswege

Rheinland-Pfalz braucht eine belastbare Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsträger. Der Investitionsstau muss endlich aufgelöst, Infrastrukturdefizite zügig behoben und Projekte effizient umgesetzt werden. Unter anderem rheinquerende Brücken in der Metropolregion Rhein-Neckar und zentrale Schienenkorridore erfordern entschlossenes Handeln. Deshalb:

- **Auflösung des Investitionsstaus für alle Verkehrsträger** – insbesondere für Bundes- und Landesstraßen, Brücken und Schienennetze.
- **Koordiniertes Baustellenmanagement** über Ländergrenzen hinweg, um Beeinträchtigungen für Unternehmen zu minimieren.
- **Vorratsplanung**: Langfristige Infrastrukturprojekte müssen von den jährlichen Haushaltsberatungen entkoppelt werden, um kontinuierliche Planungssicherheit zu gewährleisten. Investitionen dürfen nicht länger nach Kassenlage erfolgen.

- **Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung** bei Infrastrukturmaßnahmen durch standardisierte Verfahren, Digitalisierung und klare Zuständigkeiten.
- **Binnenschifffahrt** stärker als klimafreundlichen Verkehrsträger berücksichtigen: eine verlässliche Fahrrinnentiefe, moderne Schleusenanlagen und leistungsfähige Hafenanbindungen sind entscheidend für den Export- und Industriestandort Rheinland-Pfalz.

2.2 Lade- und Tankinfrastruktur

Die Mobilitätswende gelingt nur mit einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur – insbesondere für Nutzfahrzeuge. Deshalb:

- **Der Ausbau muss parallel vorangetrieben werden:** nach wie vor bestehen Wirtschaftlichkeitslücken – sowohl betriebliche als auch öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur bedürfen in der Anfangsphase einer ausreichenden und verlässlichen Förderung.
- **Landes-Förderprogramm für schwere Zero-Emissionsfahrzeuge** sowie für entsprechende Tank- und Ladeinfrastruktur auflegen.

2.3 Sondervermögen „Infrastruktur“

Die Mittel aus dem rheinland-pfälzischen Sondervermögen „Infrastruktur“ müssen zielgerichtet eingesetzt werden, um langfristigen Nutzen zu schaffen und Wachstum zu fördern. Deshalb:

- **Fokus auf investive Ausgaben,** die die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur nachhaltig verbessern – auch auf kommunaler Ebene.
- **Zusätzlichkeit der Mittel:** Gelder des Sondervermögens dürfen keine ohnehin im Haushalt vorgesehenen Investitionen ersetzen, sondern müssen zusätzlich eingesetzt werden.
- **Langfristige Wirkung:** Investitionen müssen strukturelle Verbesserungen anstoßen, nicht nur kurzfristige Ersatzmaßnahmen finanzieren.
- **Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit** als verbindlicher Grundsatz.

3. Energie-, Klima- und Ressourcenpolitik

Eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Rheinland-Pfalz braucht eine Energie- und Klimapolitik, die ökologische Ziele mit wirtschaftlicher Vernunft verbindet und Investitionen in Transformation ermöglicht. Die aktuelle Belastung durch hohe Energiepreise und unklare Rahmenbedingungen gefährdet die internationale Konkurrenzfähigkeit der Industrie.

3.1 International konkurrenzfähige Energiepreise sichern

Rheinland-Pfalz braucht sofort wirksame Entlastungen, um energieintensive Unternehmen zu halten und neue Investitionen anzuziehen. Nur durch international wettbewerbsfähige Energiepreise kann Rheinland-Pfalz Industriestandort bleiben und neue Wertschöpfung sichern. Deshalb:

- **Schnelle Ausarbeitung eines rechtssicheren, unbürokratischen Industriestrompreis-Instruments** mit maximaler Entlastungswirkung für eine möglichst große Zahl energieintensiver Unternehmen.
 - Ausschöpfung der engen beihilferechtlichen Grenzen der EU.
 - Kombinierbarkeit mit der Strompreiskompensation (SPK): Förderfähigkeit für die Reststrommengen eines Unternehmens neben der SPK.

- **Sichere Weiterführung des Zuschusses zu den Übertragungsnetzentgelten für die Jahre nach 2026.**
- **Stabile energiepolitische Rahmenbedingungen**, um Investitionen planbar zu machen und Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen EU-Staaten zu vermeiden.

3.2 Energiewende neu und kosteneffizient ausrichten

Die Energiewende muss wirtschaftlich tragfähig gestaltet werden. Rheinland-Pfalz kann nur dann zur Energiewende beitragen, wenn sie netzdienlich, technologieoffen und investitionsfreundlich umgesetzt wird. Deshalb:

- **Netzdienlicher und rentabler Ausbau der Erneuerbaren Energien**, insbesondere der Windenergie – entscheidend ist die tatsächlich installierte Leistung.
- **Synchronisierung von Netzausbau und Ausbau der Erneuerbaren Energien**, um Überlastungen und Ineffizienzen zu vermeiden; beim Netzausbau sollte vorrangig auf Freileitungen gesetzt werden.
- **Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen** durch eigenkapitalstärkende Maßnahmen, stabile Regulierungsbedingungen und Investitionssicherheit.
- **Verlässliche Rahmenbedingungen für Netzbetreiber**: Geplante Änderungen des Regulierungsrahmens durch die Bundesnetzagentur dürfen nicht zu Nachteilen führen – sonst drohen Investitionsrückgänge auf Verteilnetzebene.

3.3 CO₂-Speicherung und Wasserstoffwirtschaft ermöglichen

Rheinland-Pfalz muss alle technologischen Optionen für Klimaschutz und Transformation nutzen. Dazu gehören auch die CO₂-Speicherung und der Aufbau einer landesweiten Wasserstoffinfrastruktur. Deshalb:

- **CCS-Infrastruktur** ermöglichen und Potenziale von CO₂-Speicherung- und Nutzung prüfen, Onshore-Speicherung in RLP rechtlich prüfen und ggf. ermöglichen.
- **Debatte über Chancen von CCS und CCU** in Rheinland-Pfalz aktiv anstoßen.
- **Wasserstoff in die Fläche bringen**, um insbesondere die Dekarbonisierung industrieller Standorte im ländlichen Raum zu ermöglichen.

3.4 Landesklimaziele müssen realistisch, überprüfbar und erreichbar sein

Das Klimaneutralitätsziel 2040 ist äußerst ambitioniert und bedarf einer kontinuierlichen Evaluation. Eine überambitionierte Klimapolitik ohne realistischen Umsetzungshorizont gefährdet Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und gesellschaftliche Akzeptanz. Deshalb:

- **Überprüfung der Realisierbarkeit des 2040-Ziels und der Sektorziele** im novellierten Landes Klimaschutzgesetz bereits vor 2031 und eine sachliche Bewertung auf Basis aktueller Daten durchführen.
- **Systematische und frühzeitige Einbindung von Wirtschaft und Sozialpartnern** in die Weiterentwicklung und Umsetzung der Klimaschutzpolitik.
- **Ein wissenschaftlich fundiertes Monitoring** aller Klimaschutzmaßnahmen, um Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit regelmäßig zu bewerten. Die angekündigte Klima-Wald-Offensive des Landes Rheinland-Pfalz kann beispielsweise nur erfolgreich sein, wenn die Maßnahmen wissenschaftlich überprüft und begleitet werden und langfristig zur Stabilisierung des Waldes als CO₂-Senke beitragen.
- **Keine einseitige Privilegierung der Holzbauweise**, stattdessen eine technologieoffene Förderung.

3.5 Europäischer Emissionshandel muss realistisch sein

Das Auslaufen der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten im bestehenden Europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS1) gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Gleichzeitig droht sich der spätere Start des neuen Europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS 2), negativ auf die Bereiche Verkehr, Gebäude, sowie kleinere Energie- und Industrieanlagen auszuwirken. Deshalb:

- Auf die Positionierung Deutschlands im Sinne einer pragmatischen Lösung beim ETS einwirken, beispielsweise längere freie Zuteilung im EU-ETS1 für alle Sektoren, die dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus unterliegen.
- Im Zusammenhang mit der ETS-2-Verschiebung darauf achten, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen durch eine kosten- und bürokratieintensive Anpassung des nEHS-Preis nicht weiter sinkt.

4. Rohstoff- und Flächenpolitik

Rohstoffe und Flächen sind die Grundlage industrieller Wertschöpfung. Ohne eine sichere Rohstoffversorgung und eine verlässliche Flächenpolitik kann wirtschaftliche Entwicklung nicht gelingen. Rheinland-Pfalz braucht eine aktive und ausgewogene Rohstoff- und Flächenpolitik, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Interessen miteinander in Einklang bringt.

4.1 Flächenpolitik bedarfsgerecht gestalten

Die im Landesentwicklungsprogramm V (LEP V) vorgesehene Reduzierung des Flächenverbrauchs darf die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes nicht hemmen. Unternehmen benötigen Flächen für Neuansiedlungen, Standorterweiterungen und Transformationsprojekte. Die Raumordnung muss flexibel bleiben und sich an tatsächlichen Bedarfen orientieren. Deshalb:

- **Keine pauschale Reduzierung des Flächenverbrauchs**, die Wachstum und Ansiedlungen einschränkt.
- **Flexiblere Flächenentwicklung** in der Raumordnung, insbesondere für Industrie, Gewerbe und Energiewendeprojekte.
- **Beschleunigte Genehmigungs- und Planungsverfahren** für die Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen.
- **Sicherung der Rohstoffversorgung** in der Regionalplanung: Flächenkonkurrenzen und Überplanungen müssen auch zeitlich befristet vermieden werden.
- **Planungssicherheit ist entscheidend** – nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Kommunen, die attraktive Gewerbegebiete entwickeln wollen. Dazu braucht es einen verlässlichen Rahmen, der wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und gleichzeitig Flächen effizient nutzt.

4.2 Kreislaufwirtschaft mit innovativen Verfahren stärken

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist zentral für Ressourcenschonung, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz. Sie reduziert Abhängigkeiten von Primärrohstoffen

und eröffnet neue industrielle Chancen – insbesondere für Rheinland-Pfalz als Industriestandort mit starker Werkstoffkompetenz. Deshalb:

- **Aufbau eines funktionierenden Markts für Recyclate**, um Sekundärrohstoffe wirtschaftlich nutzbar zu machen.
- **Einsatz des Landes auf Bundesebene** für die Anerkennung innovativer Recyclingverfahren, insbesondere des **chemischen Recyclings** für Kunststoffe.
- **Praxisnahe und bürokratiearme Novellierung der Ersatzbaustoffverordnung**, um eine wirtschaftlich tragfähige und rechtssichere Umsetzung zu gewährleisten. Klare Regelungen zum Ende der Abfalleigenschaft für alle Materialklassen, um Investitionen in Recyclingtechnologien zu fördern.
- **Forschung und Entwicklung** im Bereich moderner Aufbereitungs-, Trenn- und Verwertungstechnologien unterstützen.

4.3 Rohstoffsicherung als Standortfrage begreifen

Rheinland-Pfalz verfügt über bedeutende Vorkommen mineralischer Rohstoffe wie Ton, Basalt, Kalkstein und Quarzit – sie sind die Basis vieler industrieller Wertschöpfungsketten. Eine verlässliche Rohstoffstrategie ist daher von zentraler Bedeutung. Deshalb:

- **Rohstoffgewinnung in der Regionalplanung absichern** – auch bei konkurrierenden Flächennutzungen.
- **Verfügbarkeit heimischer Rohstoffe sichern**, um Lieferketten zu stabilisieren und Importabhängigkeiten zu verringern.
- **Transparente Genehmigungsverfahren und klare Zuständigkeiten**, um Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zu beschleunigen.
- **Ermöglichende Flächen- und Rohstoffpolitik**: Wirtschaft, Umwelt und Raumordnungspolitik müssen enger verzahnt werden, um Standortinteressen, ökologische Anforderungen und regionale Entwicklung zu verbinden.

5. Digitalisierung, Datenschutz und IT-Sicherheit, Informationsfreiheit

Digitalisierung ist der Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und effiziente Verwaltung. Rheinland-Pfalz hat bei digitaler Infrastruktur, in der Verwaltung und in der Bildung noch erheblichen Nachholbedarf. Für Unternehmen bedeutet das höhere Kosten, längere Verfahren und Standortnachteile. Eine zukunftsfähige Digitalpolitik muss technologieoffen, sicher und praxisnah gestaltet sein.

5.1 Digitale Infrastruktur zügig ausbauen

Der Ausbau von Gigabitnetzen, 5G und digitalen Anwendungen ist Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Rheinland-Pfalz muss beim Netzausbau deutlich schneller werden. Ein leistungsfähiges digitales Ökosystem stärkt Wettbewerbsfähigkeit und Datensouveränität zugleich. Deshalb:

- **Ausbau von Gigabitnetzen** – Antrags- und Genehmigungsverfahren vereinfachen, Fachkräftegewinnung im Tiefbau und IT-Bereich sichern.
- **Prioritärer Anschluss von Gewerbegebieten** – leistungsfähige Netze sind Voraussetzung für digitale Geschäftsmodelle und smarte Produktionsprozesse.

- **Flächendeckender 5G-Ausbau** mit gesicherter LTE-Verfügbarkeit; hohe Sicherheitsstandards und Anbieteroffenheit gewährleisten.
- **Gesellschaftliche Akzeptanz** für Netzausbau fördern, etwa durch transparente Kommunikation und Beteiligung.
- **Landesförderprogramme, die Unternehmen zugutekommen**, z. B. in der IT-Beratung zu digitalen Genehmigungsverfahren, der IT-Sicherheit und bei KI-Anwendungen.
- **Regionale Rechenzentren und Cloudservices** nach deutschem und europäischem Recht weiterentwickeln, um eine sichere, resiliente Dateninfrastruktur zu schaffen.

5.2 Digitale Verwaltung und E-Government konsequent umsetzen

Rheinland-Pfalz muss seine Verwaltung digital und nutzerfreundlich gestalten. Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen erwarten medienbruchfreie, effiziente Verfahren. Ein modernes E-Government schafft Vertrauen und spart Ressourcen. Rheinland-Pfalz sollte zum Vorreiter für digitale Verwaltungsprozesse werden – pragmatisch, bürgernah und wirtschaftsfreundlich. Deshalb:

- **Konsequente Nutzung der E-Government-Möglichkeiten** in allen Behörden.
- **Digitalisierung des Registerwesens** und Aufbau interoperabler öffentlicher Plattformen.
- **Umsetzung des E-Ausweises** und breiter Einsatz elektronischer Identifikationssysteme.
- **Mehr Online-Dienstleistungen** statt Präsenzplichten und Schriftformerfordernisse abbauen.
- **Straffere Genehmigungsverfahren** durch digitale Abläufe und den Einsatz von KI bei Standardprozessen.
- **Finanzielle und zeitliche Entlastung** für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger durch effizientere Verwaltung.

5.3 Cybersicherheit und Datenschutz praxisnah gestalten

Hohe Sicherheitsstandards sind Voraussetzung für Vertrauen in digitale Prozesse. Gleichzeitig darf Datenschutz kein Selbstzweck sein, der zu Innovationshemmnissen führt, sondern er muss Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Rheinland-Pfalz hat mit seiner dialogorientierten Datenschutzaufsicht einen pragmatischen Weg eingeschlagen – dieser muss fortgeführt werden. Deshalb:

- **Beibehaltung einer praxisnahen, beratenden Datenschutzaufsicht** mit etablierten Austauschformaten zwischen Behörden und Wirtschaft.
- **Maßvolle Ausgestaltung des Landestransparenzgesetzes**, unter strikter Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.
- **Effiziente Nutzung staatlicher Cybersicherheitsstrukturen**, klare Zuständigkeiten und ausreichende Ressourcen.
- **Keine Zentralisierung der Datenschutzaufsicht auf Bundesebene** – stattdessen ein Hybridmodell mit einheitlichen Standards, aber regionaler Beratungskompetenz.
- **Klare Kriterien und Best Practices** zur Anwendung von Datenschutzvorgaben sowie standardisierte Musterverfahren, um Bürokratiekosten zu senken.
- **Einheitliche digitale Schnittstellen und Meldeportale** mit transparenten Bearbeitungsfristen, um Verfahren zu beschleunigen und Rechtssicherheit zu schaffen.

5.4 Digitale Bildung und Kompetenzen stärken

Konsequente Digitalisierung beginnt bereits in der Bildung. KiTas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen digitale Kompetenzen systematisch fördern. Denn digitale Kompetenz ist die Grundlage für Innovation, Fachkräftesicherung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb:

- **Digitale Kompetenzen in allen Bildungsstufen** fächerübergreifend vermitteln.
- **Praxisorientierte Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften** in digitaler Didaktik.
- **Verbindliche Informatikbildung ab Sekundarstufe I** und Förderung digitaler Grundbildung.
- **Stärkere Vernetzung von Schulen, Hochschulen und Betrieben**, um praxisnahe Lernumgebungen zu schaffen.

6. Moderne, effiziente und unternehmensnahe Verwaltung

Eine leistungsfähige, serviceorientierte Verwaltung ist ein zentraler Standortfaktor. Sie entscheidet über Investitionsgeschwindigkeit, Innovationskraft und das Vertrauen in staatliches Handeln. Rheinland-Pfalz braucht eine Verwaltung, die unternehmerisches Handeln ermöglicht statt hemmt – digital, schlank und praxisnah.

6.1 Bürokratieabbau mit messbarer Wirkung

Bürokratieabbau darf kein Schlagwort bleiben. Die Entlastung muss in den Betrieben spürbar ankommen. Rheinland-Pfalz sollte sich am baden-württembergischen Modell einer *Entlastungsallianz* orientieren, in der Politik, Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam Hemmnisse identifizieren und abbauen. Deshalb:

- **Effekte der bisherigen Bürokratieabbaupakete messen** und spürbare Entlastungen für die Unternehmen sicherstellen.
- **Verbindliche und frühzeitige Einbindung der Wirtschaft** in die Erarbeitung neuer Maßnahmen.
- **Einrichtung eines Landes-Bürokratie-Lotsen** als zentrale Ansprechstelle für Unternehmen.
- **„One in, one out“-Prinzip** für neue Regelungen verbindlich anwenden. Wir brauchen einen echten Netto-Abbau.
- **Einheitliche Vollzugspraxis** zwischen Landkreisen und Kommunen sicherstellen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

6.2 Genehmigungs- und Planungsverfahren beschleunigen

Langsame Verfahren gefährden Investitionen. Planung und Genehmigung müssen digital, einheitlich und effizient ablaufen. Deshalb:

- **Beschleunigungspotenziale im Landesrecht heben**, insbesondere bei öffentlichen Bauvergaben und Industrieanlagen.
- **Verfahren für Großraum- und Schwertransporte (GST)** in RLP schneller, günstiger und einheitlicher machen und dafür einen **Runden Tisch** mit Beteiligung der Wirtschaft einrichten.
- **Personal in der öffentlichen Verwaltung auf Schlüsselstellen umschichten**, vor allem in Genehmigungs- und Planungsbehörden. Der Personalbestand in der rheinland-

pfälzischen Verwaltung muss insgesamt reduziert werden, jedoch nicht bei Genehmigungsbehörden.

- **Verwaltung modern qualifizieren**, z. B. durch Schulungen in der öffentlichen Bauvergabe, Projektmanagement und Digitalisierung.

6.3 Pragmatischen Vollzug sicherstellen

Regulierung braucht Augenmaß. Überregulierung, Misstrauenskultur und formalistische Auslegung führen zu Stillstand. Deshalb:

- **Pragmatische Umsetzung europäischer Vorgaben**, etwa der Industrieemissionsrichtlinie (IED), unter Nutzung aller Gestaltungsspielräume.
- **Anwendungsnahe Schulungen** für Vollzugsbehörden, um unterschiedliche Auslegungen zu vermeiden.
- **Regelmäßigen Vollzugsdialog** zwischen Land, Wirtschaft und Kommunen.

6.4 Vergabeverfahren wirtschaftsfreundlich gestalten

Ein modernes Vergabewesen ist Teil einer effizienten Verwaltung. Ausschreibungen müssen fair, transparent und wirtschaftlich sein – ohne übermäßige Bürokratie. Deshalb:

- **Vergabeverfahren digitalisieren und vereinfachen**, um Aufwand zu senken.
- **Praxisgerechte Nachweis- und Dokumentationspflichten**, um Aufwand für Unternehmen zu begrenzen.
- **Planungssicherheit für Auftragnehmer** – keine nachträglichen Änderungen der Kalkulationsgrundlagen.
- **Vergabeverfahren auf Wirtschaftlichkeit und Qualität** ausrichten, nicht auf politisch motivierte Zusatzkriterien.

6.5 Verwaltung als Partner der Wirtschaft verstehen

Die Verwaltung muss sich stärker als Dienstleister für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen begreifen. Sie sollte Impulse aufnehmen, Verfahren standardisieren und Entscheidungen beschleunigen. Deshalb:

- **Verwaltungsergebnisse regelmäßig evaluieren** – mit klaren Zielen und Leistungsindikatoren.
- **Digitale Plattformen für alle Standardverfahren**, um Doppelarbeit zu vermeiden.
- **Einheitliche Schnittstellen** zwischen Landes- und Kommunalverwaltung.
- **Prozessoptimierung durch Automatisierung und KI**, um Bearbeitungszeiten deutlich zu verkürzen.

7. Bildung, Forschung und Innovation

Bildung, Forschung und Innovation sind die Grundlage für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt. Rheinland-Pfalz muss in allen Bildungsphasen die Qualität, Durchlässigkeit und Praxisorientierung stärken – von der frühkindlichen Förderung bis zur angewandten Forschung. Nur wenn Wissen, Kreativität und Unternehmergeist gezielt gefördert werden, kann der Standort im internationalen Wettbewerb bestehen.

7.1 Bildung als Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit

Ein starkes Bildungssystem ist der wichtigste Standortfaktor. Frühkindliche Förderung, praxisorientierter Unterricht und gezielte MINT-Bildung sichern die Fachkräftebasis und die Innovationskraft der Wirtschaft. Deshalb:

- **MINT-Kompetenzen als Schlüsselqualifikationen verankern**, um Begeisterung für Technik und Naturwissenschaften früh zu fördern.
- **Frühkindliche Förderung und Sprachkompetenz** systematisch ausbauen, insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund.
- **Praxisnahen, digitalen Unterricht** in allen Schulformen sicherstellen – mit aktueller Ausstattung und qualifizierten Lehrkräften.
- **Wirtschaftliches Basiswissen** in den Unterricht integrieren.
- **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** erhöhen – etwa durch duale Studiengänge, Brückenkurse und modulare Weiterbildung.
- **Berufsorientierung in Schulen verbindlich verankern**, mit enger Kooperation zwischen Schulen, Betrieben und Kammern.
- **Ganztagsschulen qualitativ stärken**, mit Fokus auf Förderung statt bloßer Betreuung.
- **Konsequente Ausrichtung** der Bildungspolitik auf Befähigung, Eigenverantwortung und Beschäftigungsfähigkeit ausgerichtet sein.

7.2 Forschung gezielt fördern – Innovation ermöglichen

Forschung und Innovation sichern die Wettbewerbsfähigkeit von morgen. Rheinland-Pfalz braucht eine Forschungslandschaft, die exzellente Grundlagenforschung mit industrieller Anwendung verbindet und den Transfer in die Praxis erleichtert. So kann Rheinland-Pfalz seine Stärken, u.a. in Material-, Umwelt- und Energietechnologien, in KI-gestützter Produktion sowie in nachhaltigen Wertschöpfungsketten gezielt ausbauen. Deshalb:

- **Zugang zu Fördermitteln erleichtern** und Verfahren beschleunigen – besonders für kleine und mittlere Unternehmen.
- **Praxistransfer durch Anschubfinanzierungen** gezielt stärken.
- **Projektverbünde zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Start-ups** verstärkt fördern, dabei beispielsweise die industrielle Biotechnologie adressieren. Regulatorische Hürden bei Zulassung und Genehmigung abbauen und Reallabore als Testräume für Innovation und Regulierung einführen.
- **Investive Ausgaben in Gebäude- und Geräteinfrastruktur** anwendungsnaher Forschungsinstitute erhöhen.
- **Forschungskompetenzen im Land bündeln** – z. B. durch Cluster, Innovationszentren und universitätsübergreifende Plattformen. **Innovationsagentur Rheinland-Pfalz stärken** – sie ist zentrale Schnittstelle für das Matching zwischen etablierten Unternehmen, Start-ups, wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Ihre Rolle muss strategisch ausgebaut werden.

7.3 Start-up- und Innovationskultur ausbauen

Innovationen entstehen dort, wo kreative Ideen auf offene Strukturen treffen. Die Förderung von Gründungen ist ein zentrales Element einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik. Eine

lebendige Start-up-Landschaft stärkt die Innovationsdynamik des Landes – insbesondere, wenn sie eng mit der regionalen Wirtschaft vernetzt ist. Deshalb:

- **Bürokratische und steuerrechtliche Anforderungen für Start-ups** auf ein Minimum reduzieren.
- **Transparenz über Förderprogramme** herstellen und Beratungsstrukturen bündeln.
- **Besseren Zugang zu Risikokapital und Investoren** schaffen, etwa durch Matching-Plattformen und Netzwerkveranstaltungen.
- **Kooperationen zwischen Start-ups, Mittelstand und Forschungseinrichtungen** fördern, um Transfer und Skalierung zu beschleunigen.
- **Erfolgreiche Start-ups im Land halten**, etwa durch Technologieparks und Gründerzentren mit Fokus auf Industrienähe.

7.4 Digitale Bildung und Forschung vernetzen

Digitalisierung muss in Bildung und Wissenschaft selbstverständlich werden. Moderne Lehr- und Forschungsumgebungen schaffen die Basis für Zukunftskompetenzen. Nur durch digitale Exzellenz in Bildung und Forschung kann Rheinland-Pfalz langfristig Innovationsführer werden. Deshalb:

- **Digitale Infrastruktur an Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen** ausbauen.
- **Digitale Kompetenzen fächerübergreifend vermitteln**, von der Schule bis zur Weiterbildung.
- **Datenbasierte Forschungs- und Bildungsprozesse** unter Wahrung höchster Datenschutzstandards fördern.
- **Wissenschaftliche Kooperationen mit Unternehmen digital unterstützen**, etwa durch gemeinsame Plattformen und Cloudlösungen.

8. Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung, Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie

Ein starker Sozialstaat und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft sind keine Gegensätze – sie bedingen einander. Nur eine leistungsfähige Wirtschaft kann stabile Sozialsysteme finanzieren und nur ein verlässlicher Sozialstaat schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Sozialpartnerschaft ist dabei ein tragendes Fundament der sozialen Marktwirtschaft. Sie muss gestärkt, nicht politisch überlagert werden.

8.1 Finanzielle Stabilität der Sozialversicherung sichern

Die sozialen Sicherungssysteme stehen unter Druck. Steigende Ausgaben und versicherungsfremde Leistungen gefährden die langfristige Beitragsstabilität. Finanzielle Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind Voraussetzungen für Vertrauen in die Sozialsysteme. Wirtschaft und Beschäftigte brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit. Deshalb:

- **Beitragssatzstabilität sichern** – der Gesamtsozialversicherungsbeitrag muss dauerhaft unter 40 Prozent bleiben.
- **Zweckbindung der Beitragsmittel gewährleisten**, um gesamtgesellschaftliche Aufgaben nicht über Beitragszahler zu finanzieren.

- **Konnexitätsprinzip konsequent anwenden**, wenn Sozialversicherungsträger staatliche Aufgaben übernehmen.
- **DRV Rheinland-Pfalz** die Möglichkeit geben, eigenständige Rückstellungen für Versorgungsverpflichtungen zu bilden – analog zu Baden-Württemberg und Sachsen.

8.2 Selbstverwaltung modernisieren und effizient gestalten

Die Selbstverwaltung der Sozialversicherung ist ein Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaftsordnung. Sie braucht Gestaltungsspielräume statt immer neuer Vorgaben aus der Politik. Ihre Handlungsfähigkeit muss erhalten bleiben. Deshalb:

- **Rechtsschutzmöglichkeiten der Selbstverwaltung klar regeln**, um Entscheidungsfähigkeit zu stärken.
- **Keine dauerhafte Übertragung versicherungsfremder Aufgaben** auf die Träger.
- **Verwaltungs- und Verfahrenskosten systematisch begrenzen** – jährliche Kostenberichte für alle Träger einführen.
- **Beitragseinzugsverfahren vereinfachen** und das Once-Only-Prinzip konsequent umsetzen.
- **Ehrenamt in der Selbstverwaltung stärken**, steuerliche Benachteiligungen abbauen.
- **Synergien zwischen Renten- und Unfallversicherung** nutzen, z. B. durch gemeinsame IT-Strukturen.

8.3 Gesundheitsversorgung zukunftsfähig ausrichten

Gesundheits- und Pflegeversorgung sind zentrale Daseinsaufgaben. Gesundheitsversorgung braucht Qualität, Wirtschaftlichkeit und verlässliche Finanzierung. Letzteres darf nicht auf Beitragszahler und Beitragszahlerinnen abgewälzt werden. Rheinland-Pfalz muss die Krankenhausreform konstruktiv begleiten und die Versorgung im ländlichen Raum sichern. Deshalb:

- **Krankenhausreform konsequent und praxisnah umsetzen.**
- **Investitionen und Transformation als Länderaufgabe begreifen**, nicht über GKV-Beiträge finanzieren.
- **Fördermittel gezielt auf Strukturverbesserungen** (Konsolidierung, Spezialisierung, Qualität) konzentrieren statt Gießkannenprinzip.
- **Versorgung im ländlichen Raum sichern**, Doppelstrukturen vermeiden und sektorenübergreifende Zentren stärken.

8.4 Arbeitsmarktpolitik effizient und praxisnah gestalten

Die Arbeitsmarktpolitik muss auf Vermittlung, Qualifizierung und Beschäftigungssicherung fokussiert bleiben – nicht auf Umverteilung oder Verwaltung. Ein effizienter, digitaler und praxisorientierter Arbeitsmarktservice ist Schlüssel zur Sicherung von Fachkräften und Beschäftigung. Deshalb:

- **Kernaufgaben der Arbeitslosenversicherung schützen** – keine fachfremden, steuerfinanzierten Aufgaben in die Beitragskassen verlagern.
- **Strikte Trennung von beitrags- und steuerfinanzierten Leistungen** nach SGB III und II.
- **Betriebsnahe Förderung und Qualifizierung** praxisorientiert und effizient ausrichten.
- **Kurzarbeit** ausschließlich befristet und konjunkturell einsetzen, nicht als Dauerinstrument.

- **Arbeitsverwaltung digitalisieren**, Doppelstrukturen abbauen und Prozesse vereinfachen.
- **Zentrale Ansprechpartner für Arbeitgeber** im Land ausbauen, Bekanntheit fördern und Verfahren vereinheitlichen.

8.5 Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie stärken

Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist ein Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft. Die Sozialpartnerschaft ist in erster Linie Verantwortungsgemeinschaft – sie darf nicht durch staatliche Eingriffe oder überzogene Vergabeauflagen ausgehöhlt werden. Gerade die Tarifautonomie lebt vom Vertrauen in die Sozialpartner. In diesem Kontext ist die wichtigste staatliche Aufgabe das Setzen von Rahmenbedingungen, die die Autonomie der Sozial- und Tarifpartner stärkt, statt beschränkt. Deshalb:

- **Keine Neuauflage eines Landestariftreuegesetzes**, das zusätzliche Belastungen oder Berichtspflichten für Unternehmen schafft.
- **Vergabefremde Kriterien** (z. B. Sozialfaktoren, Umweltauflagen) aus der öffentlichen Auftragsvergabe heraushalten.
- **Planungssicherheit für Unternehmen** – keine nachträglichen Änderungen von Kalkulationsgrundlagen, stattdessen **Lohngleitklauseln** ermöglichen.
- **Bürokratie im Vergabewesen reduzieren** – klare, verhältnismäßige und praxistaugliche Nachweise.
- **Keine unverhältnismäßige Nachunternehmerhaftung**, um Auftragnehmer vor nicht steuerbaren Risiken zu schützen.
- **Tarifpluralität und Tarifautonomie wahren**, keine staatliche Bevorzugung einzelner Tarifverträge.
- **Tarifgebundene Unternehmen besserstellen**, z. B. durch gesetzliche Tariftreuevermutung oder Wertungsvorteile.

9. Europäische Wettbewerbsfähigkeit, Internationale Vernetzung und Sicherheit

Rheinland-Pfalz ist ein exportstarkes und global vernetztes Industrieland. Mehr als jeder zweite Euro wird im Ausland verdient. Eine starke, innovationsfreundliche und handlungsfähige Europäische Union ist daher für unseren Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Zugleich gilt: Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit gehören untrennbar zusammen – wirtschaftliche Stärke ist Grundlage der europäischen Handlungsfähigkeit und Verteidigungsfähigkeit.

9.1 Starkes Europa – starke Wirtschaft

Europa muss wieder zu einem Kontinent des Wachstums, der Innovation und der industriellen Stärke werden. Wettbewerbsfähigkeit, Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Prinzipien müssen die Leitlinien europäischer Politik sein. Europa braucht eine Wirtschaftspolitik, die Wohlstand sichert – nicht hemmt. Deshalb:

- **Wettbewerbsfähige, innovationsfreundliche und handelsoffene EU**, die auf weniger Regulierung, mehr Investitionen und eine starke Industriepolitik setzt.

- **Vollendung des EU-Energiebinnenmarkts** zur Stabilisierung von Preisen und Versorgungssicherheit.
- **Planbare, technologieoffene Klimapolitik**, die wirtschaftliche Realitäten berücksichtigt.
- **Entbürokratisierung und Planungsbeschleunigung**, u.a. bei Genehmigungen und Förderverfahren. Abbau von Bürokratie durch Stopp der REACH-Novelle sowie Überarbeitung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) und der Industrie-Emissions-Richtlinie (IED), Unterstützung von Omnibus-Verfahren. Einführung von Belastungstests vor neuen Regulierungen.
- **Einführung eines „One in, one out“-Prinzips** für neue EU-Regulierungen.
- **Praxistests („SME-Tests“)** für neue Vorschriften, um Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu begrenzen.
- **EU-Fördermittel für Unternehmen leichter zugänglich machen** – mit klaren Kriterien, weniger Bürokratie und digitalisierten Antragsverfahren.

9.2 Freihandel sichern und Transformation unterstützen

Offene Märkte sind die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Rheinland-Pfalz profitiert vom internationalen Austausch – technologisch, wirtschaftlich und kulturell. Eine offene, verlässliche und regelbasierte Weltwirtschaft ist die Voraussetzung für Zukunftsinvestitionen und Wohlstand. Deshalb:

- **Abschluss und Umsetzung moderner Freihandelsabkommen** mit strategisch wichtigen Partnern und Partnerinnen.
- **Stärkung globaler Lieferketten** durch Diversifizierung und faire Wettbewerbsbedingungen.
- **Investitionsschutzabkommen**, die Planungssicherheit für Unternehmen schaffen.
- **Förderung internationaler Forschungs Kooperationen** und Innovationsnetzwerke.

9.3 Europäische Wettbewerbsfähigkeit verteidigen

Europa steht im globalen Wettbewerb mit den USA, China und aufstrebenden Schwellenländern. Um Schritt zu halten, braucht es mutige Reformen. Europäische Wettbewerbsfähigkeit braucht weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit. Deshalb:

- **Vollendung des Binnenmarkts**, insbesondere für Dienstleistungen, Energie und Daten.
- **Schnellere Verfahren** bei EU-Genehmigungen und Standardisierungen.
- **Digitale Berichtspflichten vereinfachen** und Schnittstellen zwischen nationalen Behörden harmonisieren.
- **EU-weite Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfachen** und Mobilität von Fachkräften fördern.
- **Regulierung neuer Technologien wie KI auf das notwendige Maß beschränken**, um Innovation nicht zu bremsen.
- **Subsidiaritätsprinzip respektieren** – Entscheidungen sollen möglichst bürger- und wirtschaftsnah getroffen werden.

9.4 Internationale Vernetzung und globale Verantwortung

Rheinland-Pfalz ist überdurchschnittlich exportorientiert. Deshalb ist die Fokussierung auf eine nachhaltige internationale Vernetzung eine wesentliche Voraussetzung für unseren

wirtschaftlichen Erfolg und ein elementarer Bestandteil unserer wirtschaftlichen Identität. Kurzum: Enge Beziehungen zu unseren internationalen Partnern sichern unseren Wohlstand und sorgen für stabile politische Beziehungen. Deshalb:

- **Aktive Außenwirtschaftsförderung des Landes** – mit gezielter Unterstützung für Mittelstand und Hidden Champions.
- **Wirtschaftsdiplomatie ausbauen**, z. B. durch Partnerschaften mit internationalen Regionen und Institutionen.
- **Wissenschaftliche und technologische Kooperationen stärken**, um internationale Innovationsnetzwerke zu nutzen.

9.5 Wirtschaftliche Stärke als Grundlage von Sicherheit und Demokratie

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und Europas ist Grundvoraussetzung für Verteidigungsfähigkeit und Stabilität. Wirtschaft und Sicherheitspolitik sind heute enger verflochten als je zuvor. Es gilt Standortfaktoren zu verbessern, um die wirtschaftliche Basis für die Gesamtverteidigung zu sichern. Deshalb:

- **Planungssicherheit für Unternehmen** bei Wehrpflicht, Reservistenstatus und Arbeitssicherstellung.
- **Reform der Unabkömmlichstellungsverfahren** unter Beteiligung der Arbeitgebervertreter.
- **Schutz von Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen** im Kontext militärischer Verpflichtungen.
- **Digitale Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr, BA und Jobcentern** zur rechtssicheren Datenübermittlung.
- **Finanzierung aller Wehrdienstkosten aus Steuermitteln**, nicht aus Beiträgen der Arbeitslosenversicherung.
- **Darüber hinaus gilt:** Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Antieuropäismus gefährden nicht nur den gesellschaftlichen Frieden, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft des Landes.

10. Fachkräfte sichern – national und international

Der Mangel an Fach- und Arbeitskräften ist eine der größten Herausforderungen für Rheinland-Pfalz. Schon heute hemmt der Personalmangel in Industrie, Handwerk, Pflege und Verwaltung Innovation, Wachstum und Investitionen. Eine nachhaltige Fachkräftestrategie muss daher alle Ebenen umfassen – Bildung, Qualifizierung, Erwerbsbeteiligung und Zuwanderung – und praxisnah umgesetzt werden.

10.1 Fachkräftesicherung beginnt in der Schule

Die Grundlagen für berufliche Orientierung und Ausbildungsfähigkeit werden in der Schule gelegt. Eine gute schulische Bildung ist die Voraussetzung für spätere Beschäftigungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe sowie der erste Schritt zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Deshalb:

- **Verbindliche Lernstandserhebungen** in zentralen Kompetenzfeldern (Lesen, Schreiben, Rechnen, digitale Grundbildung).

- **Informatik als Pflichtfach ab Sekundarstufe I**, um digitale und technische Kompetenzen früh zu verankern.
- **Verbindliche, klischeefreie Berufs- und Studienorientierung** an allen Schularten, eng verzahnt mit Betrieben und Kammern.
- **Mehr Frauen für MINT-Berufe gewinnen**, durch Mentoring-Programme, Role Models und gezielte Beratung.
- **Wirtschaftliches Basiswissen** in den Unterricht integrieren.
- **Duale Ausbildung gesellschaftlich aufwerten** – als gleichwertiger Karriereweg zur akademischen Bildung.
- **Ausbildungsreife sichern** durch verbindliche Mindeststandards für fachliche, sprachliche und soziale Kompetenzen.

10.2 Weiterbildung praxisnah und betriebsorientiert gestalten

Lebenslanges Lernen ist entscheidend, um Beschäftigte auf technologische und strukturelle Veränderungen vorzubereiten. Weiterbildungspolitik darf aber nicht zur Belastung der Betriebe werden. Weiterbildung muss Qualifizierung ermöglichen – ohne neue Bürokratie zu schaffen. Deshalb:

- **Weiterbildung am betrieblichen Bedarf ausrichten** – praxisnah, flexibel und unbürokratisch.
- **Kein gesetzlicher Pauschalanspruch**, sondern flexible Regelungen auf Basis betrieblicher Vereinbarungen.
- **Steuerfinanzierte Förderung** statt Belastung der Sozialversicherungssysteme.
- **Digitale und wohnortnahe Angebote** stärken, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.
- **Kurzarbeitergeld bedarfsgerecht und branchenbezogen** einsetzen, um Qualifizierung in Transformationsphasen zu fördern.

10.3 Erwerbsbeteiligung von Eltern und älteren Beschäftigten erhöhen

Um alle Potenziale des Arbeitsmarkts zu nutzen, müssen Familie, Beruf und längeres Arbeiten besser vereinbar sein. Wer länger und verlässlich arbeiten kann, stärkt Wirtschaftskraft und Sozialsysteme zugleich. Deshalb:

- **Bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen**, auch für unter Dreijährige.
- **Flexible Betreuungszeiten**, insbesondere für Schichtarbeit.
- **Ganztagsangebote an Schulen und Kitas** ausbauen, um Vollzeittätigkeit zu ermöglichen.
- **Frühverrentungsanreize abbauen**, insbesondere die abschlagsfreie Rente ab 63.
- **Fehlzanreize bei Teilzeit und Midijobs korrigieren**.
- **Flexible Modelle zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit** schaffen, z. B. Teilrenten oder gleitende Übergänge in den Ruhestand.

10.4 Zuwanderung entbürokratisieren und Integration stärken

Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Damit sie gelingt, müssen Verfahren vereinfacht, Zuständigkeiten gebündelt und Sprachförderung verbessert werden. Eine erfolgreiche Fachkräfteeinwanderung braucht Tempo, Transparenz und Vertrauen. Deshalb:

- **Liberalisierung, Entbürokratisierung und Digitalisierung** der Visums- und Aufenthaltsverfahren.
- **Behördenübergreifendes IT-System** für Auslandsvertretungen, Ausländerbehörden, BA und Anerkennungsstellen.
- **Zuständigkeit der Ausländerbehörde am Sitz des Arbeitgebers** festlegen, um Verfahren zu vereinfachen.
- **Verbindliche Fristen und bessere Erreichbarkeit** bei Terminvergaben.
- **Firmenkundenservice ausbauen**, um Unternehmen bei der Rekrutierung zu unterstützen.
- **Sprachförderung im In- und Ausland stärken**, mit digitalen und berufsbegleitenden Angeboten.

10.5 Zeitarbeit als Integrationsinstrument nutzen

Zeitarbeit ist ein bewährtes Instrument, um Menschen mit unterschiedlicher Qualifikation schnell in Beschäftigung zu bringen – gerade auch Fachkräfte aus dem Ausland. Das bestehende Beschäftigungsverbot in der Zeitarbeit ist nicht mehr zeitgemäß. Zeitarbeit kann zur entscheidenden Brücke in den Arbeitsmarkt werden – wenn der Rechtsrahmen praxisgerecht gestaltet ist. Deshalb:

- **Lockerung bzw. Abschaffung des Beschäftigungsverbots** in der Zeitarbeit (§ 40 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG).
- **Expertise von Personaldienstleistern nutzen**, um Rekrutierung, Integration und Qualifizierung zu beschleunigen.
- **Kleine und mittlere Unternehmen** gezielt durch Zeitarbeitsstrukturen unterstützen.

10.6 Integration und gesellschaftliche Teilhabe fördern

Zuwanderung kann nur gelingen, wenn Integration auch im Alltag funktioniert. Sprache, Bildung und soziale Akzeptanz sind dabei entscheidend. Eine erfolgreiche Fachkräftestrategie kombiniert Bildung, Qualifizierung, Erwerbsanreize und gesteuerte Zuwanderung – pragmatisch, fair und international anschlussfähig. Deshalb:

- **Frühzeitige Integration internationaler Talente** in Ausbildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft.
- **Sprachförderung systematisch mit Arbeit und Qualifizierung verbinden.**
- **Bildungs- und Aufenthaltsrecht stärker verzahnen**, um Brüche in Bildungsbiografien zu vermeiden.
- **Gesellschaftliche Offenheit und Willkommenskultur fördern**, um Rheinland-Pfalz als attraktiven Lebens- und Arbeitsort zu positionieren.

Mainz, 4. Dezember 2025